

1 **Tatsachen statt Phrasen dreschen - für eine stabile Nahost-Politik der SPD**

2 Adressaten

- 3 - Unterbezirksparteitag
- 4 - Bundesparteitag
- 5 - SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag
- 6 - SPD Abgeordnete im Europäischen Parlament
- 7 - Juso-Landeskonferenz
- 8 - Juso-Bundeskongress
- 9 - Arbeitsgruppe Nahost der Jusos auf Bundesebene

10

11

Beschluss vom 04.08.2024

12

Mit dem Ziel, dass die Bundesrepublik Deutschland und die SPD als stärkste Partei im Deutschen Bundestag sich konstruktiv für die **nachhaltige Befriedung des Israel-Palästina-Konflikts** einsetzen,

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

- fordern wir die SPD und ihre Abgeordneten im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament auf, sich deutlich zum **Völkerrecht**, insbesondere zur Charta der Vereinten Nationen und zum **Statut des Internationalen Strafgerichtshofs**, zu bekennen. Damit einher muss auch ein eindeutiges Bekenntnis gehen, die Urteile, Strafmaßnahmen und Haftbefehle des Internationalen Gerichtshofs (IGH) und des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) vorbehaltlos umzusetzen, selbst wenn sich diese gegen verbündete Staaten und deren Regierungsmitglieder richten sollten.
- fordern wir die Bundesregierung auf, aktiv auf die **Umsetzung der UN-Resolutionen** in Bezug auf den Nahost-Konflikt hinzuwirken (v.a. Resolution 194 zum Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge, Resolution 1397 zur 2-Staaten-Lösung, Resolution 2334 zur Illegalität der israelischen Siedlungen, Resolution 2735 zur Waffenruhe im Gazastreifen).
- fordern wir von der Bundesregierung, sich aktiv und vehement und in Abstimmung mit den Europäischen Partnern, den USA und weiteren Verbündeten sowie den arabischen Staaten und der israelischen Zivilgesellschaft für die **nachhaltige Schaffung eines souveränen palästinensischen Staates** einzusetzen. Dieser kann nur schrittweise aus der palästinensischen Autonomiebehörde heraus entwickelt werden und kann keine Beteiligung der Hamas oder anderer islamistischer und antisemitischer Terrororganisationen bedeuten. Deutschland soll sich dafür einsetzen, dass möglichst zügig mit der Übertragung derjenigen Kompetenzen über das Westjordanland, die einen Staat ausmachen, an die Autonomiebehörde begonnen wird, darunter insbesondere die Souveränität über das Steuerwesen, die Justiz, die Staatsangehörigkeit und die Infrastruktur. Sicherheitsaufgaben sollen dabei zunächst in internationale Verantwortung übergehen, bis ein palästinensischer Staat notwendige Strukturen geschaffen hat. Deutschland soll den Aufbau staatlicher Strukturen und die Ausbildung entsprechender Kräfte aktiv unterstützen.
- fordern wir, dass ein solcher palästinensischer Staat niemals eine **Sicherheitsbedrohung für die Existenz des israelischen Staates und seiner Bevölkerung** sein darf. Dazu soll die polizeiliche und vor allem die militärische Kontrolle zuerst in internationale Hand gegeben werden. Langfristig soll dann eine Übertragung an den palästinensischen Staat erfolgen, wenn sicherzustellen ist, dass keine islamistischen und antisemitischen Akteure an polizeiliche oder militärische Macht kommen. Ein palästinensischer Staat muss Bedrohungen für den israelischen Staat, z.B.

48 islamistische Organisationen, die das Existenzrechts Israels leugnen, aufspüren und aktiv
49 bekämpfen. Liegen berechnete Zweifel vor, dass der palästinensische Staat dies nicht tut, soll die
50 internationale Staatengemeinschaft, namentlich die UN, eingreifen.

51

52 - fordern wir, dass der Fortschritt bei der Umsetzung völkerrechtlicher Verpflichtungen und zur
53 Zwei-Staaten-Lösung eng von der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag begleitet und
54 überwacht wird. Die Bundesregierung wird dazu aufgefordert, diejenigen Akte und Akteure klar
55 zu benennen und zu verurteilen, die den Bestimmungen des Völkerrechts, dem
56 Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser*innen und der Völkerverständigung zuwiderhandeln.
57 Im Benehmen mit den internationalen Partnern muss die Bundesregierung bereit sein,
58 nötigenfalls **Maßnahmen gegen Einzelpersonen und Organisationen, inkl. Regierungsparteien**
59 **und -mitglieder**, zu ergreifen, die sich gegen das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen
60 Volkes einsetzen und/oder die für Kriegsverbrechen und Hassverbrechen verantwortlich sind
61 (z.B. gewalttätige Siedler). Die Bundesregierung ist aufgefordert, sich für den Rückbau illegaler
62 Siedlungen einzusetzen. Kollektive Sanktionen gegen den israelischen Staat wie
63 Wirtschaftssanktionen oder Waffenexportverbote sollten das das letzte Mittel sein, doch darf die
64 Bundesregierung nicht vor diesen zurückschrecken, sollte systematisch eine Lösung des Konflikts
65 durch staatliche Organe hintertrieben werden. **Maßnahmen des internationalen Rechts** gegen
66 Einzelpersonen oder Staaten bei Kriegsverbrechen, Hassverbrechen und Weigerung
67 internationales Recht umzusetzen, sollen geprüft und von der deutschen Regierung in die Wege
68 geleitet werden.

69

70 Begründung:

71

72 Der 7. Oktober 2023 wird als das „9/11 Israels“ in die Geschichte eingehen¹. Durch den brutalen
73 Terrorangriff der Hamas wurden auf israelischer Seite über 1200 Menschen ermordet, mehr als 5400
74 verletzt und 240 Personen nach Gaza entführt. Es handelt sich um den größten Massenmord an
75 Juden seit dem Holocaust². Die internationale Anteilnahme und Solidarität war groß.

76

77 Doch schnell machten sich auch Sorgen vor Israels Reaktion breit. So schrieb der
78 Politikwissenschaftler Cornelius Adebahr von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik
79 bereits am 9. Oktober im Handelsblatt, dass die USA nach 9/11 durch „Selbstüberschätzung,
80 Alleingänge und die Missachtung des Völkerrechts“ viel Vertrauen, Ansehen und Macht verspielt
81 haben und dass Israel dies besser machen solle³. Auch US-Präsident Biden warnt noch im Oktober
82 Ministerpräsident Netanjahu vor **Wiederholung von Fehlern der USA nach 9/11**⁴. Auch die deutsche
83 Politik, auch die SPD und vor allem die deutsche Regierung hätte in diesem Moment eine solidarisch-
84 mahnende Stimme gegenüber Israel sein können und sein müssen. Doch Olaf Scholz spricht am 26.
85 Oktober über Israel von einem „demokratischen Staat mit sehr humanitären Prinzipien“, man könne
86 sich sicher sein, dass die israelische Armee, die Regeln aus dem Völkerrecht beachten werde. Daran
87 habe er keine Zweifel⁵. Am 11. Oktober zitiert Markus Lanz den israelischen Verteidigungsminister
88 Yoav Gallant bezüglich einer Blockade des Gaza-Streifens: „Wir blockieren das, da gibt es kein
89 Strom, da gibt es kein Wasser, wir hungern euch aus“ – Androhung eines Kriegsverbrechens. SPD-
90 Außenpolitiker Michael Roth sagt daraufhin, dass jetzt nicht die Zeit für mahnende Worte an die

¹ <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/israel-hamas-angriff-terror-einheit-protest-100.html>

² <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/547184/sechs-monate-nach-dem-angriff-der-hamas-auf-israel-chronologie-des-kriegsgeschehens/>

³ <https://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastkommentar-was-israel-aus-den-anschlaegen-in-den-usa-von-2001-lernen-kann/29435378.html>

⁴ <https://www.tagesspiegel.de/lassen-sie-sich-nicht-von-wut-verzehren-biden-warnt-israel-vor-wiederholung-von-fehlern-der-usa-nach-911-10649020.html>

⁵ <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama/archiv/2024/Todeszone-Gaza-Waffen-aus-Deutschland-gaza566.html>

91 Israelis sei. Dass die Zerstörung der Hamas im dicht besiedelten Gaza nicht mit schönen Bildern
92 verbunden und schrecklich sein wird, ist ihm bewusst, müsse man aber hinnehmen⁶.

93
94 Israels Reaktion in den folgenden Tagen, Wochen und Monaten bestätigte diese Befürchtungen.
95 Zu nennen sei die **unfassbar hohe Zahl an Verletzten und Toten**. Nach Angaben des palästinensischen
96 Gesundheitsministeriums, welches zwar von der Hamas kontrolliert wird, dessen Zahlen aber als
97 glaubwürdig eingestuft werden⁷, sind seit dem 07. Oktober 2023 ca. 38.000 Palästinenser getötet und
98 ca. 87.000 Palästinenser verletzt worden (Stand 14.07.2024)⁸. Zu den Getöteten und Verletzten
99 werden auch Hamas-Kämpfer gezählt, allerdings sollen bisher mehr als die Hälfte aller Toten Frauen
100 und Kinder seien⁹. Nach Panorama-Angaben sind dies gemessen an der Zahl der Angriffe auf Gaza
101 und an der dort lebenden Gesamtbevölkerung, deutlich mehr getötete Unbeteiligte als bei jedem
102 Feldzug einer westlichen Armee in den vergangenen drei Jahrzehnten¹⁰.

103 Von Anfang an werden Israel **Kriegsverbrechen** vorgeworfen: ungeleitete Geschosse in dicht
104 besiedelte Gebiete, Sprengung ziviler Einrichtungen wie Universitäten ohne militärischen Nutzen,
105 gezielte Tötung von Zivilisten, gezielte Tötung von Mitarbeitenden von Hilfsorganisationen, Tötungen
106 von Journalisten, Misshandlung von Gefangenen¹¹. Am 20.05.2024 hat der Chefankläger des
107 Internationalen Strafgerichtshof Haftbefehle gegen den israelischen Ministerpräsident Benjamin
108 Netanjahu und den Verteidigungsminister Gallant wegen **Verbrechen gegen die Menschlichkeit** und
109 Kriegsverbrechen beantragt¹². Vor dem Internationalen Gerichtshof läuft ein Verfahren wegen
110 möglichen Völkermordes Israels an der palästinensischen Bevölkerung, Ende Mai verfügt der IGH ein
111 Stopp des Militäreinsatzes in Rafah¹³. Bereits im Februar hatte ein niederländisches Gericht
112 Waffenexporte an Israel verboten, da eine Mitverantwortung für etwaige Völkerrechtsverstöße in
113 Gaza drohe¹⁴.

114
115 Der Gazastreifen gleicht inzwischen einem unbewohnbaren und unregierbaren Trümmerhaufen,
116 indem sich zwei Millionen Menschen irgendwie am Leben halten. Die Kämpfe gegen die Hamas
117 gehen weiter und aus eigentlich längst erobertem Gebiet werden wieder Raketen der Hamas auf
118 Israel geschossen. Benjamin Netanjahu ist mit seinen Kriegszielen die Hamas zu zerstören und die
119 Geiseln zu befreien, krachend gescheitert. Die Fortführung des Krieges bringt keine weitere
120 Verbesserung aber auch eine Waffenruhe lehnte Israel bisher ab. Des Weiteren weigert sich die
121 israelische Regierung einen **Plan für den „day after“** – die Zeit nach dem Ende des israelischen
122 Militäreinsatzes in Gaza – vorzulegen. Teile der Israelischen Regierung fordern eine
123 Wiederbesiedlung des Gazastreifens durch israelische Siedler, Netanjahu lehnt diesen Plan offiziell
124 ab¹⁵. Genauso lehnt er und seine gesamte Regierung die Zwei-Staaten-Lösung und ein Stopp der
125 Siedlungspolitik im Westjordanland ab, die für eine langfristige friedliche Koexistenz unabdingbar
126 sind¹⁶.

⁶ <https://www.zdf.de/gesellschaft/markus-lanz/markus-lanz-vom-11-oktober-2023-100.html>

⁷ <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/gaza-zahlen-tote-100.html>

⁸ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1417316/umfrage/opferzahlen-im-terrorkrieg-der-hamas-gegen-israel/>

⁹ <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama/archiv/2024/Todeszone-Gaza-Waffen-aus-Deutschland-gaza566.html>

¹⁰ ebd.

¹¹ ebd.

¹² <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/chefanklaeger-istgh-antrag-haftbefehle-hamas-netanjahu-gallant-kriegsverbrechen/>

¹³ <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/igh-gaza-israel-rafah-offensive-idf-militr-bodenoffensive-krieg-palstina/>

¹⁴ <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/den-haag-gericht-niederlande-waffen-krieg-gaza-kriegswaffen-export-ruestungsexport-israel/>

¹⁵ <https://www.israelheute.com/erfahren/israelische-abgeordnete-gruenden-ausschuss-fuer-gazastreifen-besiedlung/>

¹⁶ <https://taz.de/Netanjahu-und-die-Zweistaaatenloesung/!5993144/>

127
128 Benjamin Netanjahu gefährdet mit seinem Kurs die **Sicherheit der israelischen Bevölkerung**. Wie es
129 von so vielen befürchtet wurde, hat er mit seinem Kriegseinsatz jegliches Maß verloren, sich und sein
130 Land **international isoliert** und das Ansehen seines Landes und seiner Verbündeten massiv
131 verschlechtert. Der Gazastreifen liegt in Schutt und Asche, die Hamas ist nicht bekämpft und die
132 Anzahl potentieller Terroristen, die Israel am liebsten vernichten würden, dürfte deutlich höher sein
133 als vor dem Terrorangriff der Hamas. Es ist Zeit unsere **historische Verantwortung** gegenüber der
134 jüdischen Bevölkerung ernst zu nehmen und nicht mit einer Verantwortung gegenüber einer
135 rechtsextremen Regierung zu verwechseln. Einen **langfristigen Frieden** und eine **langfristige**
136 **Sicherheit** für das jüdische Volk kann es nur mit einer Zwei-Staaten-Lösung und somit mit einem
137 israelischen und einem palästinensischen Staat geben. Eine Ablehnung dieser Zwei-Staaten-Lösung
138 und ein negieren des Existenzrechts eines palästinensischen Staates dürfen wir nicht mehr
139 akzeptieren.

140
141 Es darf nicht mehr bei Lippenbekenntnissen bleiben. Die Zwei-Staaten-Lösung, der Stopp der
142 Siedlungspolitik im Westjordanland hört man von der Bundesregierung seit Jahrzehnten aber
143 Konsequenzen, wenn Israel wieder und wieder diese notwendigen Schritte bekämpft, sieht man
144 nicht.

145
146 Es war absehbar, dass nach der mörderischen Attacke der Hamas vom 7. Oktober ein Rachefeldzug
147 beginnen würde, der Tod und Zerstörung erzeugt. Diese Risiken sehenden Auges missachtet zu
148 haben wird in das Vermächtnis einer SPD-geführten Regierung eingehen. Spätestens jetzt müssen
149 alle möglichen Maßnahmen ergriffen werden um eine Zwei-Staaten-Lösung und somit einen
150 dauernden Frieden zu ermöglichen.

151
152 Aktuelle Ergänzungen:

153
154 1) Am 18.07.2024 hat das israelische Parlament seine Ablehnung gegen einen palästinensischen
155 Staat bekräftigt und eine entsprechende Resolution verabschiedet¹⁷.

156
157 2) Am 19.07.2024 hat der Internationale Gerichtshof (IGH) sein Rechtsgutachten zur israelischen
158 Besatzung der palästinensischen Gebiete vorgestellt. Der IGH stellt in diesem fest, dass die gesamte
159 israelische Besatzung völkerrechtswidrig und dementsprechend sofort zu beenden sei. Israel betreibe
160 mit seiner Praxis des Siedlungsbaus eine völkerrechtswidrige Annexion (gewaltsame
161 Landnahme/Landraub) der palästinensischen Gebiete¹⁸.

162

¹⁷ <https://www.spiegel.de/ausland/israel-gaza-krieg-israels-parlament-verabschiedet-resolution-gegen-palaestinenserstaat-a-7d32e3b2-8939-4d16-80ff-c96b381f58ab>

¹⁸ <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/igh-gutachten-israel-annexion-palaestinensische-gebiete-verstoss-gegen-voelkerrecht/>